

GRÜNE Köln und GRÜNE Rhein-Erft-Kreis wollen Rodenkirchener Brücke erhalten

Köln, 19.01.2021

Anlässlich der öffentlichen Diskussion über einen möglichen Abriss der Rodenkirchener Brücke erklären die GRÜNEN in Köln und im Rhein-Erft-Kreis ihren gemeinsamen Willen, die Rodenkirchener Brücke zu erhalten.

Die Medienberichte über ein Gutachten im Auftrag von Straßen.NRW, das eine Erweiterung der Brücke auf acht Spuren im Bestand für unmöglich erklärt und für diesen Fall einen Abriss befürwortet, nehmen die GRÜNEN zum Anlass, das Gutachten zunächst eingehender bewerten zu wollen.

Die Brücke ist nicht marode, sondern würde ggf. lediglich einer höheren Belastung nicht standhalten.

Es scheint, dass hier von erheblich steigenden Belastungszahlen ausgegangen wird, die beispielsweise mit einer Freigabe der Standspur auf der südlichen Brückenhälfte einhergingen. Eine veraltete Bedarfsplanung kann aber nicht Grundlage für derart weitgehende Entscheidungen sein.

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung der Inhalte des Gutachtens lässt vermuten, dass ein Zusammenhang hergestellt werden soll zur Entscheidung über den Bau einer neuen Autobahnbrücke „Rheinspange 553“. Die neue Autobahngesellschaft Autobahn GmbH baut hier das Szenario auf, dass mit der Unpassierbarkeit von Leverkusener Brücke und Rodenkirchener Brücke der Schwerlastverkehr zusammenbräche und daher eine neue Autobahnbrücke zwischen Wesseling und Porz schnellstmöglich gebaut werden müsse. Das wird aber allein schon deswegen nicht funktionieren, weil innerhalb der Genehmigungsverfahren wegen des FFH-Gebietes schnell 10 Jahre ins Land gehen.

Selbstverständlich muss die Mobilität im Ballungsraum zwischen Köln, Bonn, dem Rhein-Sieg-Kreis und dem Rhein-Erft-Kreis verbessert werden. Deswegen brauchen wir Untersuchungen, die auch die Option für die Verlängerung der Stadtbahn-Verbindungen zwischen Bonn, Niederkassel und Köln beinhaltet. Der Bau einer Schienen-Brücke, inklusive einer attraktiven Rad(schnell-)wegeverbindung, wäre längst nicht so ein einschneidender Eingriff wie der einer neuen Autobahn-Brücke oder ein Abriss einer Brücke mit historischer Bedeutung.

Wir brauchen eine regionale, intermodale Begutachtung der Verkehrsentwicklung mit der klaren Vorgabe, die Verkehre zu reduzieren, auf Schiene und Binnenschiff zu verlagern, vorhandene Infrastruktur mit zeitlich abgestimmten Sanierungsmaßnahmen zu sichern und Instand zu halten und ihre Nutzung durch differenzierte Mautsysteme zeitlich so zu organisieren, dass die nur in Spitzen auftretende Überbelastung vermieden wird.

Die Mobilität der Zukunft in der Region muss in Alternativen zum Bau immer neuer Autobahn-Abschnitte liegen.